

frauennetz liechtenstein



jahresbericht 2025

Bericht der Vorsitzenden

2025 war für das Frauennetz ein Jahr des Übergangs, der politischen Weichenstellungen und der beharrlichen Gleichstellungsarbeit. Zentrale gleichstellungspolitische Vorhaben, die wir über Jahre begleitet und eingefordert haben, traten in eine entscheidende Phase – allen voran die Einführung der gesetzlichen Elternzeit, die ab 2026 Realität wird.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit lag 2025 auf der Einführung dieser Elternzeit. Dabei war es uns ein Anliegen, betroffene Eltern frühzeitig zu informieren, aufzuklären und für ihre Rechte zu sensibilisieren.

Ebenfalls prägte 2025 die nationale Gleichstellungsstrategie unsere Arbeit. Das Frauennetz beteiligte sich gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Vernehmlassung und brachte eine klare, fachlich fundierte Kritik ein. Wir vermissten insbesondere eine ausreichend wissenschaftliche Grundlage, klare Zuständigkeiten sowie verbindliche Umsetzungs- und Evaluationsmechanismen. Als besonders problematisch erachteten wir, dass geschlechtsspezifische Gewalt und Gewaltschutz nicht als integraler Bestandteil der Gleichstellungsstrategie verankert wurden – ein Thema, das für eine wirkungsvolle Gleichstellungspolitik zentral ist.

Mit der Vorstellung des aktuellen CEDAW-Schattenberichts rückten internationale menschenrechtliche Verpflichtungen erneut in den Fokus. Trotz einzelner Fortschritte zeigt der Bericht deutlich, dass die Gleichstellung in Liechtenstein stagniert und es verbindliche staatliche Massnahmen braucht, unter anderem bei der politischen Teilhabe, der Lohngleichheit und der Verteilung von Care-Arbeit. Das Frauennetz versteht sich auch hier als kritische Stimme und konstruktive Partnerin im Dialog mit Politik und Verwaltung.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler unserer Arbeit war die Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit. Über Medienbeiträge, Veranstaltungen und den Austausch mit anderen Organisationen trugen wir gleichstellungspolitische Anliegen in die Öffentlichkeit und stärkten die Zusammenarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft. Diese Vernetzung ist für uns zentral, um Themen nachhaltig zu platzieren und gemeinsam Wirkung zu entfalten. Der Vorstand des Frauennetzes dankt allen Mitgliedsorganisationen, Kooperationspartnerinnen und engagierten Einzelpersonen herzlich für ihre Unterstützung und ihr kontinuierliche Engagement. Gleichstellung ist kein Selbstläufer, sie braucht Ausdauer, Fachwissen und Solidarität. Auch im kommenden Jahr werden wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Fortschritte nicht nur angekündigt, sondern tatsächlich umgesetzt werden.

Schwerpunkte 2025

Elternzeit

Im Jahr 2025 setzte das Frauennetz einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Einführung der gesetzlichen Elternzeit, die am 1. Januar 2026 in Kraft getreten ist. Ziel war es, die politische Umsetzung kritisch zu begleiten sowie betroffene Eltern frühzeitig zu informieren und zu sensibilisieren.

Das Frauennetz engagierte sich aktiv im politischen Diskurs zur Ausgestaltung der Elternzeit. Im Rahmen von Stellungnahmen und Positionspapieren forderte das Frauennetz insbesondere eine frühere Einführung, eine faire Finanzierung über die Familienausgleichskasse (FAK) sowie eine paritätische Ausgestaltung der Elternzeit für beide Elternteile. Diese Forderungen wurden auch an der Mitgliederversammlung 2025 klar kommuniziert und diskutiert.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Das Frauennetz erarbeitete Inhalte zur Aufklärung von Eltern, insbesondere für Familien mit Kindern ab Jahrgang 2023, und setzte Social-Media-Beiträge ein, um die neue Elternzeitregelung verständlich darzustellen und breit bekannt zu machen. Zudem wurden Weiterbildungen zur Elternzeit besucht, um die eigene Fachkompetenz zu stärken und auf bestehende Unsicherheiten in der Praxis reagieren zu können. Ergänzend kündigte das Frauennetz an, die Einführung der Elternzeit auch im Jahr 2026 weiter zu begleiten, unter anderem mit einem Informationsanlass in Kooperation mit Partnerorganisationen.

frauennetz
liechtenstein

Was ist das Elterngeld?



frauennetz
liechtenstein

Elterngeld ist Geld von der FAK (Familienausgleichskasse). Es hilft Müttern und Vätern, wenn sie eine Zeit lang nicht arbeiten, weil sie sich um ihr Kind kümmern. Das Elterngeld sorgt dafür, dass Familie und Arbeit besser zusammenpassen. Es hilft auch dabei, dass Frauen und Männer am Arbeitsplatz gleich behandelt werden.



frauennetz
liechtenstein

Die Elternzeit wurde geschaffen, um Eltern die Möglichkeit zu geben, ihr Kind in den ersten Monaten selbst zu betreuen. Beide Elternteile haben die Möglichkeit, aktiv Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Als Elternzeit können vier Monate bezogen werden. Zwei Monate sind von der FAK bezahlt und zwei Monate sind unbezahlt.



Wer kann das Elterngeld beanspruchen?



Mütter und Väter, die vor der Geburt des Kindes mehr als sechs Monate ununterbrochen beim selben liechtensteinischen Arbeitgebenden gearbeitet haben, bekommen Elterngeld.



frauennetz
liechtenstein

Fragen?

Wende dich an deine:n Arbeitgeber:in oder folgende Organisationen.

frauennetz
liechtenstein

Wie kann das Elterngeld beantragt werden?

frauennetz
liechtenstein

Wir empfehlen, dass ihr frühzeitig mit eurem Arbeitgeber bzw. eurer Arbeitgeberin sprecht. Sie sollten bereits über das Elterngeld Bescheid wissen.



Wir sind für Sie da.

schwanger.li

infra

Gleichstellungsstrategie

Die Vernehmlassung zur nationalen Gleichstellungsstrategie Liechtensteins wurde im Frühling 2025 eröffnet. Das Frauennetz beteiligte sich gemeinsam mit weiteren NGOs an einer Stellungnahme. Die Unterzeichnenden kritisierten insbesondere, dass der vorgelegten Strategie eine ausreichende wissenschaftliche Fundierung fehlt und nicht nachvollziehbar ist, in welchem Ausmass bestehende Gleichstellungsstrategien aus deutschen und österreichischen Bundesländern sowie aus Schweizer Kantonen oder Städten berücksichtigt wurden.

Weitere zentrale Kritikpunkte betreffen die unklare Definition der Zielgruppen, die mangelnde Berücksichtigung intersektionaler Perspektiven sowie das Fehlen eines eigenständigen Handlungsfeldes «Gesundheit». Zudem bleiben Zuständigkeiten, Ressourcen sowie die Mechanismen zur Umsetzung, Evaluation und Weiterentwicklung der Strategie unklar. Als besonders gravierender Mangel wird beurteilt, dass die Gewaltschutzstrategie nicht als integraler Bestandteil der Gleichstellungsstrategie verankert ist, obwohl geschlechtsspezifische Gewalt ein zentrales gleichstellungspolitisches Thema darstellt.

Ergänzend zur Stellungnahme hat das Frauennetz einen Beitrag im Wirtschaftsregional veröffentlicht. Darin wurde auf aktuelle gleichstellungspolitische Herausforderungen aufmerksam gemacht, insbesondere auf die weiterhin bestehende Lohnungleichheit, die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit, die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auf Defizite in der politischen Gleichstellung von Frauen.

Internationale Konventionen

Medienkonferenz CEDAW-Schattenbericht

Am 14. Februar 2025 wurde in Liechtenstein der aktuelle Schattenbericht zur UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW) vorgestellt. Er wurde von zehn Nichtregierungsorganisationen, darunter auch das Frauennetz, sowie dem Verein für Menschenrechte in Liechtenstein erarbeitet. Der Bericht würdigt zwar einzelne Fortschritte, wie die geplante Einführung der Elternzeit ab 2026, die Ratifizierung der Istanbul-Konvention sowie die in Arbeit befindliche Gleichstellungsstrategie, zieht insgesamt jedoch ein kritisches Fazit: Die Gleichstellung stagniert, verbindliche staatliche Massnahmen fehlen weiterhin.

Im Bereich der politischen Teilhabe bleibt der Frauenanteil tief. Bei den Landtagswahlen 2025 lag der Anteil der Kandidatinnen bei lediglich 30,4 % – tiefer als noch 2001. Freiwillige Massnahmen hätten keine nachhaltige Verbesserung gebracht, weshalb die Autorinnen und Autoren verbindliche Geschlechterquoten fordern. Auch in Kommissionen, Beiräten, im Staatspersonal und in Führungspositionen der Wirtschaft sind Frauen unterrepräsentiert.

Beim Lohn zeigt sich weiterhin eine deutliche Ungleichheit: Frauen verdienen gemäss Lohnstatistik 2022 durchschnittlich 14,1 % weniger als Männer. Rund 4 % davon gelten als nicht erklärbar und somit diskriminierend. Trotz politischer Vorstösse fehlen verbindliche staatliche Instrumente wie flächendeckende Lohnanalysen. Gleichzeitig sind Frauen überproportional häufig in schlechter bezahlten Berufen tätig und tragen das höhere Armutsrisiko im Alter.

Ein zentrales Thema bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frauen übernehmen nach wie vor den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit, reduzieren ihr Erwerbsspensum oder scheiden zeitweise ganz aus dem Berufsleben aus. Teilzeitstellen in qualifizierten Funktionen sind rar, insbesondere im öffentlichen Sektor. Zudem fehlen ausreichende und bezahlbare Kinderbetreuungsplätze; Wartelisten sind die Regel. Ohne substanzielle Investitionen in Betreuung und soziale Absicherung bleibe die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen eingeschränkt.

Besonders kritisch beurteilt der Bericht den Gewaltschutz. Trotz Ratifizierung der Istanbul-Konvention bestehen erhebliche gesetzliche und strukturelle Lücken. Es fehlt eine umfassende strafrechtliche Definition häuslicher Gewalt gemäss Konvention, ebenso eine koordinierte nationale Gewaltschutzstrategie. 2023 meldete die Landespolizei 69 Fälle häuslicher Gewalt an die Staatsanwaltschaft, doch kam es zu keiner Verurteilung. Wegweisungen wurden nur in neun Fällen ausgesprochen. Zudem fehlen verlässliche, vergleichbare Daten sowie ein barrierefreier, stiller Notruf für besonders vulnerable Personen. Beratungs- und Unterstützungsangebote werden grösstenteils von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen, häufig ohne ausreichende staatliche Finanzierung.

Auch strukturelle Defizite werden benannt: Liechtenstein verfügt über kein umfassendes Gleichbehandlungs- bzw. Antidiskriminierungsgesetz. Der Zugang zur Justiz ist insbesondere für Migrantinnen oder finanziell abhängige Frauen erschwert. Zudem werden diskriminierende Rollenbilder in Medien und Gesellschaft weiterhin unzureichend adressiert.

Gastkommentar

Gleichstellung als Schlüssel für eine starke Wirtschaft

Gleichstellung ist mehr als nur ein gesellschaftliches Ideal – sie ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. In Liechtenstein kämpfen Frauen auch 2025 noch mit zahlreichen Hindernissen, die ihre wirtschaftliche Entfaltung behindern. Trotz Fortschritten, wie der Einführung bezahlter Elternzeit ab 2026, braucht es eine umfassende Gleichstellungsstrategie, die in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft echte Gleichstellung sicherstellt.

Ein zentrales Problem ist die Lohnungleichheit: Der Gender Pay Gap beträgt nach wie vor 14,1 Prozent. Frauen leisten die gleiche Arbeit, verdienen jedoch weniger – ein Verlust für die gesamte Wirtschaft. Flächendeckende Lohnanalysen sind dringend notwendig, um Disparitäten transparent zu machen und echte Chancengleichheit zu gewährleisten. Die ungleiche Bezahlung verringert die Kaufkraft von Frauen und bremst ihre wirtschaftliche Teilhabe.

Ein weiteres wirtschaftliches Problem ist die Care-Arbeit. Frauen leisten den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit (Pflege von Kindern, älteren Familienangehörigen oder anderen hilfsbedürftigen Personen), was langfristig zu einer schlechteren Rentenabsicherung und dem Risiko von Altersarmut führt. Sie sind wegen der Betreuungsarbeit meistens Teilzeit erwerbstätig und haben deswegen schlechtere Karrierechancen auf dem Arbeitsmarkt. Die unbezahlte Arbeit wird in Statistiken nicht erfasst und ist damit unsichtbar, obwohl sie

für das Funktionieren der Gesellschaft essenziell ist.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt eine zentrale Herausforderung. Die Einführung bezahlter Elternzeit 2026 ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie kommt spät. Der Staat muss mehr tun, etwa durch eine stärkere Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, um es Frauen zu ermöglichen, ihren Platz in der Arbeitswelt wieder einzunehmen.

In der Politik ist die Gleichstellung ebenfalls unzureichend. Frauen sind nicht nur in der Wirtschaft und öffentlichen Ämtern, sondern auch in politischen Ämtern weiterhin, trotz kürzlich erlangter Erfolge, unterrepräsentiert. Das Projekt «Vielfalt in der Politik», das in den vergangenen Jahren das Ziel hatte, politische Gremien ausgewogen zu besetzen, setzt an diesem Punkt an. Es ist ein wichtiger Schritt, um die politische Beteiligung von Frauen zu fördern und die politische Landschaft in Liechtenstein inklusiver und vielfältiger zu gestalten. Vielfalt in der Politik würde zu besseren, ausgewogeneren politischen Entscheidungen beitragen, die der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Darum gilt es, sie weiter zu forcieren.

Das Frauennetz Liechtenstein setzt sich für strukturelle Veränderungen ein – unter anderem eine bessere soziale Absicherung für Frauen in Teilzeit, die wirtschaftliche Aner-

kennung unbezahlter Care-Arbeit, flächendeckende Lohnanalysen, Ausbau der Kinderbetreuung und die Förderung von Teilzeitarbeitsstellen für Frau und Mann gleichermaßen. Nur durch solche Veränderungen kann Liechtenstein eine starke, inklusive und zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln. Das Frauennetz Liechtenstein arbeitet hierbei eng mit anderen NGOs, politischen Parteien und staatlichen Institutionen zusammen, um die Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter voranzutreiben.

Die Zeit für Veränderungen ist jetzt. Gleichstellung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit von Liechtenstein. Das Frauennetz wird weiterhin auf diese Themen drängen, weil wir wissen: Ein Land, das seine Frauen nicht vollständig in die Wirtschaft integriert, verschenkt enormes Potenzial – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch.



Désirée Wanner-Walch, Vorstandsmitglied des Frauennetzes Liechtenstein

Im Bildungsbereich zeigt sich zwar eine hohe Bildungsbeteiligung von Frauen, jedoch sind sie auf höheren akademischen Stufen untervertreten. Die Förderung der Gleichstellung im Schulalltag sei bislang nicht ausreichend verankert.

Schliesslich verweist der Bericht auf die besondere Betroffenheit vulnerabler Gruppen – etwa Frauen im Niedriglohnsektor, Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen oder queere Personen. Es fehle an Daten, Studien und gezielten Massnahmen, um Diskriminierungen wirksam zu begegnen.

Der Schattenbericht macht deutlich: Trotz einzelner Fortschritte besteht erheblicher Handlungsbedarf. Ohne klare politische Prioritäten, verbindliche Instrumente und ausreichende Ressourcen wird sich an der strukturellen Benachteiligung von Frauen in Liechtenstein wenig ändern. Die Regierung ist gefordert, die Empfehlungen des Berichts konsequent umzusetzen und die Gleichstellung als staatliche Kernaufgabe zu verankern.

Stellungnahmen

Vernehmlassung Polizeigesetz

Die zur Vernehmlassung vorliegende **Abänderung des Polizeigesetzes (LNR 2025492)** betrifft zentrale Fragen des **Gewaltschutzes**, insbesondere die geplante Einführung einer **verpflichtenden Gewaltberatung für Gefährder*innen**. Das Frauennetz Liechtenstein, gemeinsam mit der infra und dem Frauenhaus, begrüsst diese Grundrichtung, sieht jedoch erhebliche Lücken, die eine wirksame Umsetzung der **IstanbulKonvention** beeinträchtigen.

Die Stellungnahme kann hier gelesen werden:
[2995ee_e977869c3fad423b81d412a02b265e96.pdf](https://www.sta.li/vernehmlassung/2995ee_e977869c3fad423b81d412a02b265e96.pdf)

Vielfalt in der Politik

Abschluss ViP

Mit dem parteiübergreifenden Projekt Vielfalt in der Politik (ViP) wurde sieben Jahren ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit und zu einer stärkeren Vertretung von Frauen in der Politik geleistet. Die Begleitung von insgesamt vier Wahlen hatte zum Ziel, eine nachhaltige positive Entwicklung anzustossen. Die letzten Projekte von ViP waren die Thematisierung der fehlenden politischen Partizipation von Ausländer*innen (in Kooperation mit dem Verein für Menschenrechte) sowie die Kampagne zu den Landtagswahlen 2025.

An einem Abschluss-Workshop mit unterschiedlichen Stakeholdern Anfang April 2025 wurden die erzielten Fortschritte reflektiert und mögliche Perspektiven diskutiert. Allen Beteiligten gebührt grosser Dank für ihr langjähriges Engagement und ihren wichtigen Beitrag zur Förderung der politischen Vielfalt.

Vorstand

Neuer Vorstand

Der Vorstand vom Frauennetz wurde im Rahmen der letztjährigen Mitgliederversammlung vom 15. April 2025 gewählt und besteht aus:

Charline Fehr, Désirée Wanner-Walch, Karin Beck, Tatjana As'ad und Bárbara Trillo Pérez (v.l.n.r)



Mitglieder

Besonders gefreut hat uns im Jahr 2025 der Beitritt der Frauen in der FBP als neue Mitgliedsorganisation. Ihr Engagement stärkt die parteiübergreifende Verankerung gleichstellungspolitischer Anliegen und bereichert das Frauennetz fachlich wie politisch.


Zudem konnten im Berichtsjahr zwei neue Einzelmitglieder aufgenommen werden. Damit sind dem Frauennetz aktuell 13 Organisationen sowie 14 Einzelmitglieder angeschlossen. Diese breite Abstützung unterstreicht die Bedeutung des Frauennetzes als Plattform für Austausch, Vernetzung und gemeinsame gleichstellungspolitische Arbeit.

Zusammenarbeit

8. März 2025 Internationaler Tag der Frau – Traditionen hinterfragen, Gleichstellung stärken

Anlässlich des Internationalen Tags der Frau luden das Amt für Soziale Dienste, Abteilung Chancengleichheit, gemeinsam mit dem Verein Frauen in guter Verfassung am 8. März 2025 in den SAL – Saal am Lindaplatz Schaan ein. Im Zentrum der Veranstaltung stand ein Konzert des ersten feministischen Jodelchors der Welt, «Echo vom Eierstock», der mit modernen Texten humorvoll und kritisch mit überholten Rollenbildern auf-räumte.

Regierungsrat Manuel Frick überbrachte die Grussworte der Regierung und betonte die Bedeutung der Gleichstellungsstrategie, die als Meilenstein für die Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik in Liechtenstein steht. Die Veranstaltung verband kulturelle Impulse mit gleichstellungspolitischen Anliegen und setzte ein sichtbares Zeichen für den Abschied von verstaubten Rollenbildern.



8. März 2025
18 Uhr
kleiner SAL 9494 Schaan

Begrüssung durch Regierungsrat
Manuel Frick zum Weltfrauentag

Der erste feministische Jodelchor der Welt kommt am Samstag, 8. März nach Schaan!

Nur schon seine Gründung sorgte für Schlagzeilen, die weit über die Landesgrenzen hinaus reichten. Schliesslich ist das


ECHO VOM EIERSTOCK

der erste feministische Jodelchor der Welt.
Die vermeintlich urschweizerische Gesangkunst wird ihrer patriarchalischen Wurzeln entrisen und fernab veralteter Rollenbilder neu interpretiert. 2022 in Stars gegründet, verschiebt sich der Chor singend von stereotypen Mannbildern, herzigen Frauelli, lieben Müetis und bösen Gattinnen: schminkt das romantische Alplöben ab und nähert sich jodelnd der geliebten Vielfalt. Unter der Leitung von Simone Felber sangen die 50 Frauen bereits Konzerte an den Stanser Musiktage, im Bundeshaus oder gemeinsam mit der Band Traktorketar im Theater Casino Zug.

Simone Felber, die Leiterin und Dirigentin des Feministischen Jodelchors wurde anfangs Juni 2024 mit dem Schweizer Musikpreis 2024 geehrt.

Ein köstlicher Apéro Riche bietet Raum für Austausch und Begegnung.

Organisiert vom Verein «Frauen in guter Verfassung».
Mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Abteilung Chancengleichheit des Amtes für Soziale Dienste.



Frauen
in guter Verfassung

Bitte Tiefgarage SAL benutzen

IstanbulKonvention – Austausch zur wirksamen Umsetzung

Liechtenstein ist seit 2021 Vertragsstaat der IstanbulKonvention, dem ersten europaweit verbindlichen Rechtsinstrument zum Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Die erste Überprüfung der Umsetzung zeigte insbesondere in den Bereichen Datenerhebung und Ressourcenbedarf Handlungsbedarf auf.

Am 25. November 2025 widmete sich ein Fachaustausch der Umsetzung der IstanbulKonvention anhand von Erfahrungen aus dem Kanton Zürich. Rahel Ott, Leiterin der Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt Zürich, gewährte Einblicke in Aufgaben, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren einer spezialisierten Fachstelle. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass eine wirksame Umsetzung ein umfassendes Gewaltschutzgesetz mit klarer gesetzlicher Grundlage sowie eine personell und finanziell ausreichend ausgestattete Fachstelle erfordert. Als zentrale Erfolgsfaktoren wurden die verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit, eine systematische Datenerhebung sowie gezielte Schulungen von Fachpersonen aus Bildung, Gesundheit, Sozialem und Justiz hervorgehoben.

NGO-Dialog – Menschenrechte und Nachhaltigkeit zusammendenken

Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten führte am 23. Juni 2025 den jährlichen Dialog mit in Liechtenstein tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu aktuellen menschenrechtlichen Fragestellungen durch. Im Mittelpunkt stand die Frage nach den Gemeinsamkeiten von Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen sowie nach deren gegenseitiger Stärkung.

Im Austausch wurde deutlich, dass die enge Verknüpfung von Menschenrechten und Nachhaltigkeitszielen grosses Potenzial birgt, da Fortschritte in einem Bereich in der Regel positive Entwicklungen im anderen nach sich ziehen. Gefordert sind dabei alle Akteure – von Privatpersonen über Unternehmen bis hin zu Staat und Zivilgesellschaft. Als zentral wurde ein klarer politischer Wille sowie die Unterstützung durch Regierung und Parlament hervorgehoben. Gleichzeitig wurde auf den zunehmenden Gegenwind hingewiesen, dem Menschenrechtsverteidigerinnen, Klimaaktivistinnen und weitere engagierte Personen weltweit ausgesetzt sind. Umso wichtiger ist ein gemeinsames Engagement für grundlegende Werte, Umwelt und eine faire, nachhaltige Gesellschaft.

Runder Tisch Gleichstellung 2025

Der jährliche Runde Tisch Gleichstellung fand am 17. November 2025 in der Geschäftsstelle des Vereins für Menschenrechte statt. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Verein für Menschenrechte (Leitung), dem Frauennetz sowie dem Verein für Männerfragen und unterstützt vom Fachbereich für Chancengleichheit. Vertreter*innen zahlreicher Organisationen aus dem Gleichstellungs-, Sozial- und Beratungsbereich nahmen teil.

Inhaltlicher Schwerpunkt war der aktuelle Stand der Gleichstellungsstrategie. Diskutiert wurden insbesondere offene Fragen zur Ressourcenplanung, zur konkreten Ausgestaltung der Massnahmen sowie zur öffentlichen Kommunikation der Strategie. Einigkeit bestand darüber, dass die Veröffentlichung von einer breiten Information und fachlichen Auseinandersetzung begleitet werden soll. Ein vertiefender Runder Tisch zur finalen Strategie ist für das Frühjahr 2026 vorgesehen.

Ein weiterer Fokus lag auf der Einführung der Elternzeit ab 2026. Dabei wurde deutlich, dass in der Bevölkerung wie auch bei Arbeitgebenden noch erheblicher Informationsbedarf besteht. Mehrere Organisationen, darunter auch das Frauennetz, planen entsprechende Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen.

Darüber hinaus wurden aktuelle Herausforderungen im Gewaltschutz thematisiert, unter anderem im Zusammenhang mit Obsorgestreitigkeiten, hochstrittigen Elternkonflikten sowie der Situation besonders vulnerabler Gruppen. Auch Fragen der Inklusion, insbesondere die fehlende strukturelle Entlastung von Familien mit Kindern mit Behinderungen, wurden angesprochen. Insgesamt unterstrich der Austausch die Bedeutung einer koordinierten Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen, um bestehende Lücken im Gleichstellungssystem wirksam zu schliessen.

Vernetzung

Konferenz Chancengleichheit

Am 30. Oktober 2025 fand die 36. Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Liechtenstein in Vaduz statt. An der Konferenz nahmen unter anderem das Frauennetz, die infra sowie das Amt für Soziale Dienste teil. Die Konferenz vereint Fachstellen und Organisationen aus der Ostschweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, die sich auf unterschiedlichen Ebenen für Gleichstellung und Chancengleichheit einsetzen.

Im Zentrum der diesjährigen Tagung standen neben dem Erfahrungsaustausch praxisnahe Strategien und Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, neue Zielgruppen zu erreichen und die Sichtbarkeit gleichstellungspolitischer Anliegen zu erhöhen. Die Konferenz bot damit eine wertvolle Plattform zur Vernetzung, zur fachlichen Weiterentwicklung und zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit.



revisionsbericht

An den Vorstand des
Verein Frauennetz
z.H. der Mitgliederversammlung

REVISORENBERICHT

Die unterzeichnende Revisorin hat die Jahresrechnung des Vereins Frauennetz für das Berichtsjahr 2025 am 8. März 2026 geprüft und erstattet den folgenden Bericht:

Die vorgelegte Jahresrechnung wurde im üblichen Rahmen geprüft und es wurde festgestellt, dass sie ordnungsgemäss geführt wurde und dem Gesetz und den Statuten des Vereins entsprechen.

Die Buchungen stimmen mit den Belegen überein; die Rechnungsstellungen sind begründet und das Vermögen ist durch entsprechende Belege ausgewiesen.

Die Rechnung schliesst mit einem Jahresgewinn von CHF 768.90. Dadurch erhöht sich das Vereinsvermögen per 31. Dezember 2025 auf CHF 4'831.02 (nach Berücksichtigung der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungen). Der Banksaldo per 31.12.2025 beläuft sich auf CHF 6'641.07.

Für das aktuelle Projekt „Vielfalt in der Politik“ (VidP) hat sich die gebildete Rückstellung um CHF -22'831.65, auf CHF 6'006.60 reduziert. Dieses Projekt ist beendet, das Konto bleibt bestehen und wird für künftige Projekte zur Förderung von Frauen in der Politik verwendet.

Die Revisorin empfiehlt:

1. Die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen und der Kassierin, unter Verdankung der geleisteten Arbeit, Décharge zu erteilen.
2. Dem gesamten Vorstand für dessen Einsatz, zum Wohle des Vereins Frauennetz, den besten Dank auszusprechen und ebenfalls Décharge zu erteilen.

Gamprin, 8. März 2026

Die Revisorin:


Judith Davida

erfolgsrechnung 2025

frauennetz
liechtenstein

Erfolgsrechnung Frauennetz 2025

Aufwand		Ertrag	
Personalaufwand	2'490.00		
Vorstand	2'490.00		
Reisespesen	0.00		
Sitzungsverpflegung	0.00		
Büroaufwand	334.05		
Büromaterial	0.00		
Informatikaufwand	84.05		
Werbeaufwand(Inserat Elternzeit)	0.00		
Mitgliederbeiträge (VMR KCGH)	250.00		
Projekte	0.00	Projekte	
Int. Tag der Frau	0.00	Int. Tag der Frau	0.00
Turm auf Dux	0.00		
Übriger Aufwand	807.05	Ertrag	4'400.00
Geschenke	274.00	Mitgliederbeiträge	4'400.00
Bankzinsen	58.80	Bankzinsen	0.00
Anderer Aufwand	474.25	Anderer Ertrag	0.00
Total Aufwand	3'631.10	Total Ertrag	4'400.00
		Jahresgewinn	768.90
		Vermögen per 31.12.2024	4'062.12
		Vermögen per 31.12.2025	4'831.02

erfolgsrechnung 2025



Erfolgsrechnung und Bilanz "Vielfalt in der Politik" 2024

Aufwand	
Personalaufwand	10'664.00
Projektleitung	9'344.00
Vorstand	1'320.00
Reisespesen	0.00
Sitzungsverpflegung	0.00
Büroaufwand	0.00
Büromaterial	0.00
Informatikaufwand	0.00
Werbeaufwand	0.00
Workshop ViP	0.00
Projekte	12'272.65
Inseratekampagne	0.00
"Landtagswahlen"	10'705.15
Social Media	1'567.50
"Gemeinderatswahlen"	0.00
Übriger Aufwand	200.00
Geschenke	0.00
Bankgebühren	0.00
anderer Aufwand	200.00
Total Aufwand	23'136.65

Ertrag	
Spenden	0.00
Übriger Ertrag	305.00
Total Ertrag	305.00

Verlust/Gewinn -22'831.65

Vermögen per 31.12.2024 28'838.25

Verlust/Gewinn -22'831.65

Vermögen per 31.12.2025 6'006.60